

10.01.2024

## Gruß zum Jahreswechsel

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Gruß zum Jahreswechsel aus dem Sozialreferat erreicht Sie wie immer im Januar. Ich verbinde ihn mit der Hoffnung, dass Sie erholsame Feiertage verbringen und durchatmen konnten, bevor das neue Jahr Fahrt aufnimmt – auch dieses wird neben Dauerbaustellen und Unerledigtem wieder Unerwartetes bringen, das Kraft und Engagement fordert.

Zunächst das Wichtigste: von Herzen Dank! Für die zahlreichen Grüße und guten Wünsche, die mich in der Vorweihnachtszeit erreicht haben, noch mehr aber für Ihre Unterstützung in den vergangenen zwölf Monaten, für Begegnungen, Anregungen und gemeinsames Anpacken. Die kommunale Jugend-, Familien-, Senior\*innen- und Sozialpolitik lässt sich nur im Miteinander vieler inspirierender, kompetenter und menschenfreundlicher Mitstreiterinnen und Mitstreiter gestalten. Bitte bleiben Sie an unserer Seite!

Auch 2024 wird neue Krisen auf den Stapel legen, der noch nicht abgetragen ist. Zunehmend beschäftigt mich dabei die Frage, welche Ressourcen der Bewältigung dafür zur Verfügung stehen. Recht gut gelingt es, in akuten Katastrophenlagen kollektive Kraftanstrengungen zu mobilisieren. Alle packen an und helfen zusammen, stemmen sich der äußeren Gefahr, dem Virus, der Flut entgegen. Daraus erwächst Verbundenheit, die gemeinschaftsstiftend wirkt und beflügelt.

Langanhaltende, multiple Krisen, wie wir sie erleben, wirken anders. Sie laugen aus, zermürben, kosten Kraft und Motivation. Aktive Solidarität tritt zurück, man fragt, ob die anderen ebenso viel einbringen wie man selbst, ob es nicht mal genug ist mit dem Verzicht und ob die Maßnahmen und Strategien von „denen da oben“ die richtigen sind. Und schließlich reift die Erkenntnis, dass die Krise – existenziell-exemplarisch: die Klimakatastrophe – kein kurzzeitiger Ausnahmezustand ist, sondern dass grundlegende Veränderungen unausweichlich sind. Weil damit Zumutungen für jeden und jede verbunden sind, werden Verteilungsfragen und Gerechtigkeitsempfinden wichtiger.

Entscheidend für die Zukunft unserer freiheitlichen Gesellschaft und des demokratischen Rechtsstaats wird es deshalb sein, wie gut es gelingt, Mut machende Zukunftsperspektiven aufzuzeigen, die Verteilung der notwendigen Lasten zu organisieren und über beides offen zu sprechen.

Referentin für Jugend, Familie und Soziales

Berufsmäßige Stadträtin

Frau Elisabeth Ries

Hauptmarkt 18  
90403 Nürnberg  
Zimmer-Nr. 217  
Tel.: 09 11 / 2 31-55 00  
Fax: 09 11 / 2 31-55 10

refv@stadt.nuernberg.de  
www.soziales.nuernberg.de



Da sind zum einen die finanziellen Lasten. Die öffentlichen Haushalte von Bund und Kommune sind äußerst angespannt. Welche der notwendigen Zukunftsinvestitionen unter den Bedingungen der auch in der Fachwelt nicht umstrittenen Schuldenbremse finanzierbar sind, ist ungewiss. Gewiss ist allerdings, dass Verteilungsdiskussionen und -kämpfe künftig nicht durch „Mehr Geld für alle“ befriedet werden können. Wir werden sie deshalb offener führen müssen als bisher. Da ist die Lastenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen vielleicht noch die lösbarste Aufgabe, solange die Verantwortlichen im demokratischen Diskurs den Anstand wahren. Die Ausgabenpriorisierung zwischen Politikfeldern geht stärker ans Eingemachte: Industriesubventionen oder Sozialausgaben, ÖPNV, Energiewende und Digitalisierung oder Steuersenkungen und „schwarze Null“ – wenn nicht alles geht, muss abgewogen und entschieden werden. Auszuhandeln ist auch, welche Transformationskosten durch die Privathaushalte zu tragen sind und wie viel öffentliche Unterstützung legitimer Weise erwartet werden kann.

Und die Einnahmeseite? Lebenshaltungskosten und Inflation setzen Gering- und Durchschnittsverdienende unter Druck. Die Belastbarkeit des Faktors Arbeit für die Finanzierung öffentlicher Aufgaben kommt an Grenzen. Andrerseits fragt die SZ am 2. Januar dieses Jahres unter dem Titel „Die fetten Jahre sind jetzt“ mit Blick auf Rekordgewinne deutscher Unternehmen nach dem Beitrag der Privatwirtschaft zu den Transformationsinvestitionen. Und in der Initiative „Tax me now“ setzen sich Vermögende für Steuergerechtigkeit ein. Wir werden, glaube ich, wieder mehr über Geld streiten müssen.

Es geht zweitens um die Verteilung von Aufmerksamkeit. Sich abgehängt, nicht gesehen, zu kurz gekommen fühlen, kann Ohnmacht und Wut auslösen. Das gilt für das Gefühl materieller und mehr noch emotionaler Zurücksetzung. Wird nur das Leid der einen Seite öffentlich betrauert, wird sich mehr um Neuankömmlinge als um Eingesessene gekümmert, sind Städter wichtiger als Landbewohner? Welche empfundenen „Zwänge“ oder „Verbote“ schränken Freiheit ein oder werten die eigene Lebensweise ab? Leider reichen Faktenchecks nicht, um Gräben zu überwinden. Ausufernde Proteste, Hass gegen Verantwortungsträger und Spalten-Umfrageergebnisse für rechtsextreme Parteien sind Anlass zur Sorge. Eine Umverteilung von Aufmerksamkeit kann aber nicht heißen, dass sich Demokratinnen und Demokraten der populistischen Agenda beugen und Parolen nachplappern. Feuer mit Benzin löschen ist nie eine gute Idee. Hier sind andere, kreativere Ansätze und vor allem ein beharrliches Weiterbohren der dicken Bretter konkreter Politik gefragt.

Noch nicht voll im Bewusstsein angekommen ist eine dritte Verteilungsfrage: Wer macht die Arbeit? Entgegen aller Dys- oder Utopien geht uns die Arbeit nicht aus. Menschliche Arbeitskraft wird auf absehbare Zeit nicht durch Automatisierung und Digitalisierung obsolet. Wie werden die Aufgaben so verteilt, dass die Funktionen des Wirtschaftens, der Infrastruktur, der Daseinsvorsorge aufrecht erhalten bleiben? Die Bewältigung der Arbeitsmenge bei weniger und älter werdenden Menschen, bei veränderten Erwartungen und Erfordernissen an die Balance zwischen Arbeits- und Privatleben und einer mindestens ambivalenten, teils feindseligen Sichtweise auf die Potenziale Zugewanderter am Arbeitsmarkt wird uns viel abverlangen.

Marktwirtschaftliche Anreize – Entlohnung und Arbeitsbedingungen – sind derzeit nicht stark genug, um genügend der stark umworbenen Arbeitskräfte für die systemrelevanten, aber durch Schicht- und Wochenenddienst und psychische Belastungen unbequemen Aufgaben in der Pflege, in der stationären Jugend- und Behindertenhilfe und im Gesundheitswesen zu gewinnen.

Ähnliches gilt bei öffentlicher Verwaltung und Infrastruktur, wenn Entlohnung und Flexibilität geringer sind als bei vergleichbaren Tätigkeiten in der Privatwirtschaft. Unbesetzte Stellen, kombiniert mit Sparzwängen, führen zu einer gewaltigen Aufgabenverdichtung bei den Leistungsträger\*innen. Mit Blick auf Daseinsvorsorge und Kommunalverwaltung bereitet mir diese Entwicklung Sorge. Wenn wir nicht Entlastung schaffen und Nachwuchs gewinnen, sind auch gesellschaftlich unverzichtbare Aufgaben in ihrem Bestand bedroht.

Es geht also in allen Dimensionen um Gerechtigkeit, um faire Lasten- und Nutzenverteilung. Das Gefühl, laufend zu kurz zu kommen, scheint durch finanzmächtige Rettungsschirme und Entlastungspakete nicht gemildert, umgekehrt aber durch selbst relativ kleine Einschnitte massiv angeheizt zu werden. Ziel muss es sein, dass wieder eine Mehrheit der Menschen der Aussage „In Deutschland geht es alles in allem gerecht zu“ zustimmen kann.

Wie kann es, angesichts knapper finanzieller Spielräume, gelingen, dass die Menschen sich gesehen und fair behandelt fühlen? Einflussreiche Stimmen – Politik, Medien, Wirtschaft, sonstige Influencer – müssen rhetorisch abrüsten. Nicht jede Preiserhöhung ist „Abzocke“, nicht jede gescheiterte Planung ist ein „gebrochenes Wahlversprechen“ und nicht jede politische Abwägungsentcheidung ist ein Fall für Karlsruhe. Ungeeignete Vorschläge müssen kritisiert und verbessert werden, aber nicht jede Korrektur darf als „Einknicken“ und nicht jeder Kompromiss als „Umfallen“ diffamiert werden.

Demokratinnen und Demokraten sollten den Versuchungen des Populismus widerstehen, all den Mut, den es für die Zukunft gestaltenden Zu-MIT-ungen braucht, zusammennehmen und gemeinsam aktiv werden: Nicht alles versprechen. Verteilungsfragen nicht als Kulturmäpfe umdeuten. Empathie für unterschiedliche Lebenslagen und Bedürfnisse vermitteln. Transformationsprozesse sozial flankieren. Selbstverständliches aussprechen: wer etwas hat – Geld, Arbeitskraft, Wissen –, kann etwas beitragen. Wenn wir mehr Energie in attraktive Arbeitsbedingungen als in Sanktionen investieren, wenn mehr Kreativität in zukunftsfähiges Unternehmertum als in Steuersparmodelle fließt und wenn wir es schaffen, Lust aufs Gestalten anstatt Angst vorm Zukommen auszustrahlen, kommen wir gemeinsam ein gutes Stück voran.

Wir im Nürnberger Sozialreferat werden dazu beitragen. Bitte bleiben Sie uns gewogen und helfen Sie in diesen aufgeregten Zeiten mit, vernunftgeleitet, verantwortungsbewusst und tatkräftig unsere solidarische Stadtgesellschaft zu gestalten.

Für das noch junge Jahr wünsche ich von Herzen alles Gute, Zuversicht, Freude und Gesundheit. Möge es uns allen weniger Krisen, der Demokratie Stärkung, der Welt mehr Frieden, unserer Stadt eine gute Entwicklung und Ihnen und Ihren Lieben persönliches Wohlergehen bringen.

Mit den besten Grüßen

Elisabeth Ries